

laufen lassen, sondern sie zusammenbringen. Es ist wirklich das Ziel meiner Amtszeit, Landwirtschaft und Umwelt zusammenzubringen. Ich bin auch zuversichtlich, dass es uns gelingt.

Wenn Sie das eine aber so kritisieren und damit auch wieder einen Spalt zwischen beide treiben, kommen wir keinen Millimeter weiter, weil dann die Ideologien wieder gegeneinanderstehen. Dann haben wir Landwirtschaftsverbänden, dann haben wir auf der anderen Seite Extreme. So kommen wir nicht weiter.

Wir kommen nur weiter, wenn wir den Weg gemeinsam gehen. Dafür stehe ich, und dafür steht im Übrigen der Haushalt, insbesondere der Teil, der die Landwirtschaftskammer und deren Beratungsleistungen betrifft. So viel dazu.

Zum Thema „Verbraucher“. Noch mal Dank an die Kollegen von FDP und CDU, aber auch Dank an alle, die hier positiv erwähnt haben, dass wir, wenn der Haushalt verabschiedet ist, die neue fünfjährige Vereinbarung mit der Verbraucherzentrale abschließen können.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

Es ist für uns ein wichtiges Thema – auch hier ist Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren wirklich Vorreiter in ganz Deutschland –, eine wirklich konsequente Finanzierung der Verbraucherzentrale zu haben, damit deren Gelder nicht Jahr für Jahr neu verhandelt werden müssen, und wenn es im Haushalt mal nicht gut aussieht, fällt die Verbraucherzentrale hinten runter.

Bei uns wird sie kontinuierlich für fünf Jahre finanziert und tatsächlich mit 4,5 Millionen Euro besser ausgestattet. Stefan Haupt hat eben erläutert, wofür dieses Geld verwendet wird.

Wir vereinbaren einen anderen Vertrag als zu rot-grüner Regierungszeit. Wir wollen der Verbraucherzentrale mehr Freiheit geben, selbst zu entscheiden, wo ihre Schwerpunkte liegen, damit sie im Rahmen dieser fünf Jahre auch auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren kann und nicht durch einen Vertrag mit der Landesregierung gebunden ist, der verhindern würde, dass sie auch neue Themen – Stichwort: Digitalisierung – aufgreifen kann.

Wir haben noch eine ganze Menge mehr gemacht. Noch ein Wort zur Flugärger-App: Andere Bundesländer beteiligen sich jetzt finanziell an der App. Das ist ein Riesenfortschritt, sodass wir sie ausweiten können. Ich glaube, dass wir einen guten Punkt für die Verbraucherpolitik gesetzt haben. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen, insgesamt sind es fünf.

Wir stimmen erstens über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11936 ab. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/11936 abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11937 ab. Wer stimmt hier zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/11937 abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11938 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/11938 ebenso abgelehnt**.

Wir stimmen viertens ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11939. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/11939 abgelehnt**.

Wir stimmen fünftens über den Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/11910, den Einzelplan 10 unverändert anzunehmen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 10 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 10 in zweiter Lesung** mit dem eben festgestellten Ergebnis **angenommen**.

(Beifall von Christof Rasche [FDP] und von Markus Diekhoff [FDP])

Ich rufe auf:

Einzelplan 06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses hin; er liegt in Drucksache 17/11906 vor. Wir kommen zunächst zum Teilbereich

a) Kultur

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Abgeordneten Bialas für die SPD das Wort.

Andreas Bialas (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eher selten in Haushaltsverhandlungen und -debatten ist der Dank an die Landesregierung seitens der Opposition, aber ich glaube, das kann man ausdrücklich bei dem Haushalt für Kultur tun.

NRW sichert, bewahrt und entwickelt die Grundfinanzierung und -sicherung in den Sparten, und das ist auch gut so. NRW hilft auch in Krisensituationen – nicht jeder und jedem, nicht allen Einrichtungen, aber vielen Einrichtungen und vielen Künstlerinnen und Künstlern. Es gibt auch Probleme – es ist nicht alles Gold, was glänzt –, aber es ist eben auch nicht nichts. Dafür muss man auch Danke sagen können.

Zusammen kämpfen wir auch für unmittelbare Kompensationszahlungen an Soloselbstständige, an Künstlerinnen und Künstler, an Personen aus der Veranstaltungswirtschaft. Gemeinsam kämpfen wir für eine langfristige Sicherung des Paradoxons, nämlich die unverschuldete Arbeitslosigkeit in der Selbstständigkeit aufgrund staatlicher Vorgaben.

Pathetisch könnte man sagen – aber das überlasse ich den regierungstragenden Fraktionen, weil die auch noch ein bisschen was Positives sagen und loben können; das können sie dann vielleicht übernehmen –, dass Deutschlands Kulturlandschaft in der Krise mehr NRW gebrauchen könnte.

(Lorenz Deutsch [FDP] wendet sich an die SPD: Überlasse ich Ihnen!)

Es werden sich aber auch weitere Herausforderungen ergeben, und die darf ich hier ansprechen. Es sind sechs Punkte:

Erstens. Der Kulturhaushalt an sich ist eine schöne kleine Insel, aber sie befindet sich im großen Meer der Kommunalfinanzen, die für die Kommunen klar und sicher sein müssen, bzw. es dürfen nicht erneut neue Lasten auf die Kommunen zukommen.

Der Rettungsschirm des Landes muss auch die Kommunen umschließen; sie sind der wesentliche Träger der Kulturfinanzierung in Nordrhein-Westfalen. Wenn die Kommunen nun nur weitere Darlehen anstatt Ausgleichs bezüglich ihrer Steuereinbrüche erhalten, wird das früher oder später in nicht unerheblichem Maße auf die Kultur drücken. Es ist daher wichtig, dass hier Finanzräume und Schutzräume geplant und eingezogen werden.

Der zweite Punkt ist: Kulturförderkriterien müssen weiterhin dem Krisenstatus angepasst werden bzw.

angepasst bleiben, insbesondere in puncto Mehrjährigkeit, Übertragungsfähigkeit, Ausfallhonorare, Probleme bei Co-Aufträgerschaften mit Kommunen etc. Die Probleme sind allbekannt und eigentlich Dauerbrenner in der Kulturfinanzierung.

Drittens. Das sehr erfolgreiche und in seiner Grundanlage völlig überzeugende Stipendienprogramm, künstlerische Tätigkeit zu bezahlen und nicht Notlagen allein zu alimentieren, läuft Anfang des nächsten Jahres aus. Dies sollte dringend neu aufgelegt werden.

Nun könnte ich beleidigt sein, weil Sie alle meine Änderungsanträge abgelehnt haben. Ich kann uns aber auch allen eine Freude machen, denn während Sie einen stark auf Ästhetik, Pflege und Erhalt ausgerichteten Haushalt vorlegen, haben wir versucht, mit unseren Änderungsanträgen den gesellschaftspolitischen und bildungspolitischen Aspekt der Kultur zu stärken.

Wie gesagt, all das ist abgelehnt worden. Wir werden diesbezüglich nun regelmäßig Anträge zur inhaltlichen Beratung einbringen, und ich bin mir sicher: Im Haushalt 2022 wollen Sie dann genau diese Projekte finanzieren.

Diese gesellschaftspolitischen Themen sind relevanten und gerade in der jetzigen Zeit dringend zu behandeln, da sie geeignet sind, eine notwendige Verortung der Kultur vorzunehmen. Das sind Inklusion, Diversität, Gendergerechtigkeit, Antirassismus, Gerechtigkeit und Schutz auch innerhalb des Kultursystems, Interkultur, Digitalität, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und öffentliche Vermarktungsplattformen, aber auch die Frage, inwieweit die Kultureinrichtungen, die durch die Pandemie verursachten und befürchteten Defizite im Elementarbereich der Schulen unterstützend mit ausgleichen können.

All unsere Vorschläge, sich dem insbesondere zum Teil auch wissenschaftlich zu nähern, haben Sie, wie gesagt, abgelehnt. Wir werden daher umfangreich in den Diskurs eintreten.

Dieser erscheint uns wichtig, da derzeit vielerorts – und es wird bei knapper werdenden Budgets bestimmt auch nicht besser – Fragen nach der Relevanz von Kunst und Kultur und deren öffentlicher Finanzierung aufgeworfen werden.

Diese Fragen werden wir nicht alleine aus dem Ästhetikzusammenhang heraus befriedigend beantworten können, sondern eher aus einer Position heraus, welche Kultur auch als Ort von Kultus und Bildung versteht, notwendige gesellschaftliche Transformationsprozesse aufgreift und selbst mit initiiert.

Bevor andere diese Fragen nach der Relevanz für uns beantworten – besonders dann, wenn es nicht in unserem Sinne ist –, schlage ich vor, dass wir das selbst machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau* (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben trotz der coronabedingten Probleme auch in diesem Jahr unser Ziel weiterverfolgt, im Haushalt des Jahres 2021 den Aufwuchs, den wir zu Beginn 2017 versprochen haben, umzusetzen.

Wir werden, wie es der vorgelegte Etat zeigt, einen weiteren Aufwuchs haben, sodass wir auch im Jahr 2021 einen neuen Rekordetat für das Land Nordrhein-Westfalen im Kulturbereich haben: 289 Millionen Euro sind über 80 Millionen Euro mehr, als wir bei der alten rot-grünen Regierung vorgefunden haben.

Das ist ein wichtiges Signal, denn wir alle hoffen, dass die Impfstoffe die entsprechenden Entlastungen bringen. Dann wollen wir natürlich im nächsten Jahr wieder zu einem Normalzustand im Kulturbereich zurückkommen.

Für die Unternehmen, die Vereine und die vielen Kulturschaffenden ist vor allen Dingen Planungssicherheit wichtig; das gilt für alle Teile der Kultur- und Kreativwirtschaft. Die haben wir zugesagt, und die wollen wir umsetzen.

Das Ziel, den Kulturetat von 2017 bis 2022 um 50 % zu steigern, ist wichtig; wir werden es in den nächsten zwei Jahren weiterverfolgen.

Wenn wir zurückblicken, ist gerade die Kulturbranche einer der am meisten von der Pandemie betroffenen Bereiche. Schließungen und Auftrittsverbote haben letztlich dazu geführt, dass wir sowohl die Infrastruktur als auch die Kulturschaffenden selbst in einen hohen Zustand der Bedrohung versetzt haben und viel persönliches Leid entstanden ist.

Nordrhein-Westfalen war das erste Land mit einem Direktprogramm – noch vor der Bundeshilfe –, um den Kulturschaffenden entsprechende Entlastung zu bringen. Auch das Stipendienprogramm – der Kollege vor mir sprach es gerade an – war ein wichtiger Beitrag, um dem Einzelnen in der Kulturbranche diese notwendige Sicherheit zu geben.

Wir wollen diese Sicherheit fortsetzen, aber wir wollen auch neue Akzente setzen. Kulturelle Bildung, die der Kollege angesprochen hat, hat in den letzten Jahren immer eine Rolle gespielt.

Für das Jahr 2021 ist vor allen Dingen eine Musikschuloffensive das Ziel. Der Zuwachs um 3 Millionen Euro gegenüber 2017 ist eine erste Verdopplung.

Eine weitere Erhöhung um 4 Millionen Euro ab 2022 soll mit den öffentlichen Musikschulen fest vereinbart werden.

Damit können – das ist dann wieder wichtig für die Struktur – nicht nur der Anteil der Festangestellten erhöht, sondern auch sinnvolle Weiterentwicklungen angestoßen werden wie im Bereich der Digitalisierung, aber auch der Talentförderung.

Die Förderung des Landes für kommunale Häuser wird weiter fortgesetzt; auch hier haben wir in den letzten Jahren deutliche Zuwächse gesehen. Die im Beitrag des Vorredners heraufbeschworene Gefahr, dass gerade die Kommunen in der Pandemie besonders betroffen wären, haben wir gestern mit dem Beschluss, bei der Hälfte der Gewerbesteuerausfälle in diesem Jahr zu entlasten, deutlich reduziert.

Wenn wir die Stärkungsinitiative in dieser Form beschließen – egal ob bei den Dritten Orten oder dem Stärkungspaket Kunst und Sammlungen –, haben wir weitere wichtige Bausteine, um den Kulturstandort Nordrhein-Westfalen entsprechend voranzubringen.

Wir haben nächstes Jahr ein besonderes Highlight: den 100. Geburtstag unseres NRW-Künstlers Josef Beuys. Der soll unterstützt werden und ist auch ein wichtiger Punkt für die Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens. Hierfür sollen entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Man kann sagen, dass wir mit vielen weiteren Initiativen auf einem sehr guten Weg sind. In manchen Bereichen wie im Bibliothekswesen würden wir uns wünschen, dass besonders bei den Gewerkschaften ein anderes Verständnis für die Öffnung an Sonntagen entstehen würde, denn wir wollen Dritte Orte unterstützen. Dazu gehört auch, dass diese Orte an Sonn- und Feiertagen zur Verfügung stehen.

Neben dem erfolgreichen Stipendienprogramm und den anderen Stützungsmaßnahmen muss all das sicherlich auch im nächsten Jahr Fortsetzung finden – genauso wie aus der Novemberhilfe jetzt schon eine Dezemberhilfe geworden ist.

Solange die Pandemie da ist, muss es unser aller Ziel sein, Infrastruktur im Kulturbereich, aber auch die Kulturschaffenden selber so zu schützen, dass wir insgesamt sagen können: NRW ist gut durch die Krise gekommen, und die Kultur wird in 2022 besser dastehen als zuvor. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Abgeordnete Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich mit einem Dank an das anschließen, was Kollege Bialas gesagt hat.

Ich möchte mich ausdrücklich für das Engagement der letzten Wochen und Monate bedanken: bei der Ministerin, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, beim Staatssekretär, bei der Staatssekretärin, bei den vielen Behörden, die im Nachgang tätig sind – insbesondere bei den Bezirksregierungen –, und auch bei allen, die vor Ort mitarbeiten.

Wir alle haben uns überhaupt nicht vorstellen können, einmal in dieser Situation, in der wir jetzt den Etat diskutieren, leben zu müssen. Vor diesem Hintergrund ist gerade das, was in Nordrhein-Westfalen von der Kultur und der Kulturpolitik geleistet wurde, wirklich beachtlich.

Überall in Deutschland wird darauf verwiesen. Egal, wo wir hinkommen und mit wem wir reden – momentan kommen wir ja nicht wirklich irgendwo hin, aber wir reden mit vielen –, sagen alle: Es ist wirklich vorbildlich, wie es in Nordrhein-Westfalen gelaufen ist.

Wir hatten zwischendrin einen kleinen Stocker. Im März haben Sie, Frau Ministerin, mit einem ersten Programm über 32 Millionen Euro losgelegt, das sofort greifen konnte. Dann gab es im Mai die verstockten Diskussionen mit dem Bund, die uns in eine starke Verzögerung getrieben haben. Die Leute wurden unruhig, wie es denn weitergeht.

Dann wurde das Ganze im Juni von dieser Landesregierung mit einem wirklich beispielhaften Betrag von 185 Millionen Euro noch einmal mit einem großartig aufgelegten Stipendienprogramm über 105 Millionen in Gang gebracht. Dies hat wirklich vielen, vielen Tausenden Menschen geholfen, die sich in unserem Land kreativ engagieren und davon leben.

Sie haben dazu das entsprechende Programm in Höhe von 80 Millionen Euro für die Einrichtungen aufgelegt. Das sind Summen, die wir im Kulturbereich so ohne Weiteres sonst nicht bewegt haben. Danke, dass Sie das möglich gemacht haben. Dass das hier im Hause immer die politische Unterstützung fand, ist auch einen Dank an alle, die das unterstützt haben, wert.

(Beifall von der CDU und der FDP und von Andreas Bialas [SPD])

Nun zum Zweiten. Die Steigerungen, von denen auch Herr Petelkau noch einmal sprach – das muss man ganz klar sagen –, sind genauso vorbildlich. Als Fachpolitiker kann man sich nur freuen, wenn jedes Jahr auf einen Etat draufgesattelt werden kann, und zwar in einem Maße, wie es gerade in der Kultur in den letzten Jahren nicht der Fall war.

In den vergangenen Jahren, in denen Sie die Verantwortung tragen, ist das so. Darüber freuen sich alle, die mit mehr Engagement für die Kultur auch wollen,

dass dieses Lebenselixier für die Menschen bleibt. Es ist eines; das merken wir im Moment in den Diskussionen, denn ganz viele Leute sagen: Verdammt noch mal, dass die Läden jetzt zubleiben müssen, obwohl die doch so gut funktionieren, können wir eigentlich nicht verstehen.

Ich merke in vielen Gesprächen, dass wir noch Kommunikationsarbeit leisten und noch einmal erläutern müssen, warum natürlich auch das Kulturerlebnis wie auch ein Kinobesuch und alles, was damit zusammenhängt, Kontakt hervorruft.

Kontakt können wir im Moment nicht gebrauchen, weil die Pandemie uns alle in einer Weise herausfordert, die wir uns – auch ich – so nicht haben vorstellen können. Man hat so etwas mal gelesen, man hat darüber womöglich dystopische Filme gesehen, aber dass das so plötzlich Realität ist, dass wir hinter Plexiglas sitzen und mit Masken herumlaufen, ist schon eine merkwürdige Form von Realität.

Dass dies auch eine kreative Verarbeitung braucht und wir das dringend auch miteinander verarbeiten müssen, darauf kommt es, glaube ich, an.

Ich würde nach all dem Dank und Lob gerne noch zwei oder drei Vorschläge für das nächste Jahr machen. Ich glaube, Frau Ministerin, dass wir uns ganz konkret noch einmal gemeinsam Gedanken machen müssen, wie wir ein Ergänzungsersatzprogramm im Sinne eines Stipendienprogramms oder Ähnlichem liefern können.

Da muss man meines Erachtens auch noch einmal einen größeren Betrag in Betracht ziehen, der sich sicher in einem Bereich bewegt, den wir sonst in der Kultur nicht bewegen. Neben dem, was wir an Aufwuchs für nächstes Jahr geplant haben, werden wir offensiv miteinander darüber beraten müssen.

Man wird überlegen müssen, ob man noch einmal in eine größere Kommunikationsoffensive geht. Mit dem Vorschlag, die Kulturstätten wieder öffnen zu können, muss möglicherweise auch ein Kommunikationsangebot einhergehen, bei dem man sagt: Wir wollen euch helfen.

Dies könnte zum Beispiel mit einer Kampagne im Sinne von „Kultur geht wieder – geht wieder hin“ erfolgen, sodass man den Leuten Mut macht, wieder loszugehen: Das ist sicher, da passiert auch nichts.

Man wird sich Gedanken machen müssen, ob man die viel billigeren Schnelltests womöglich auch an Künstlerinnen und Künstler unterstützend gibt. Hier könnte man auch an Verfahren mit Firmen denken, die Lust haben, dies zu sponsoren.

Man müsste überlegen, ob man diese relativ günstigen Tests an die Leute gibt, die abends auf die Bühne müssen. All das wird man diskutieren müssen, damit wir sowohl bei den, die spielen, als auch

bei denen, die besuchen, für Sicherheit sorgen. Diese Dinge werden kommen.

Vielleicht macht man auch noch einmal eine große Konferenz, zu der wir ganz viele Menschen dazu-schalten. Wir haben gerade den Parteitag der Grünen erlebt, den viele Tausend Menschen verfolgt haben. Möglicherweise muss man solche Dinge in Angriff nehmen.

Wir brauchen vertrauensbildende Maßnahmen in die Kulturszene, und die Kulturszene muss auch wieder ein Stück Vertrauen in die Gesellschaft gewinnen. Die Gesellschaft wiederum muss das Vertrauen haben, dass sie in der Kultur wieder gut aufgehoben ist, damit sie sich auch wieder traut, dorthin zu gehen.

Das wird ein Hauptpunkt sein, wenn wir hoffentlich im nächsten Jahr mithilfe von Impfstoffen und einer dann hoffentlich stark abflauenden zweiten Welle in eine neue Phase der Pandemiebewältigung kommen.

Mein Wunsch wäre es, dass wir im nächsten Lock-down – wenn er denn kommt – die Kulturstätten und Kinos offenhalten können, wie wir jetzt Schulen und Kitas offenhalten, denn sie haben mit ihren Konzepten bewiesen, dass sie das können. Das wäre toll.

Ich weiß, dass Sie darüber auch schon mit dem Gesundheitsministerium in Gesprächen sind; das ist auch im Kulturausschuss schon angesprochen worden. Das würde ich mir wünschen.

Insofern sind wir nicht wunschlos glücklich, aber wir haben einen Kulturhaushalt, mit dem zumindest die Fachpolitik sehr zufrieden sein kann. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, Dr. Stefan Nacke [CDU] und von Andreas Bialas [SPD])

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP hat nun der Kollege Deutsch das Wort.

Lorenz Deutsch (FDP): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das ist ganz offensichtlich der Tagesordnungspunkt der guten Nachrichten. Ich freue mich, dass wir den so gemeinschaftlich verkünden.

Ich bin fast versucht zu sagen: Ich schließe mich den Worten des Vorredners der Opposition einfach an, aber da sich Herr Bialas schon darauf gefreut hat, dass wir noch einmal besonders loben, was wir Gutes tun, möchte ich diesen Tagesordnungspunkt nicht ganz ausfallen lassen.

(Andreas Bialas [SPD]: Du musst das schon ein bisschen toppen!)

– Ich werde mir alle Mühe geben.

Das fällt mir auch nicht schwer angesichts dessen, was in dieser Legislaturperiode angestoßen wurde und auch weitergeführt wird; das ist ja die eigentliche Botschaft in diesen Zeiten: Wir haben es uns nicht nur vorgenommen und in der guten Zeit getan, sondern wir tragen es auch jetzt weiter. Das steht für Kontinuität.

Was haben wir gemacht? – Diesen Strauß möchte ich doch einmal vorstellen: Wir haben angefangen, die kommunalen Theater und Orchester sowohl grundständig als auch konzeptionell zu stärken; die Landesorchester und die Landestheater sind gestärkt worden; die freie Musik- und Tanzszene wurde gestärkt mit Exzellenzprogrammen, aber auch mit neuen Fördermitteln, die Mehrjährigkeit bedeuten – eine große Erleichterung für die Planung. Die großartigen Jugendensembles in Nordrhein-Westfalen sind gestärkt worden. Die Museen haben eine Stärkung des Ankaufsetats bekommen – sowohl die kommunalen als auch die Kunstsammlung NRW.

Herr Bialas, ich habe bei Ihnen rausgehört, all das, was ich jetzt aufgezählt habe, was wir machen, scheint bei Ihnen unter Ästhetik, Hochkultur zu laufen. Sie stünden für etwas anderes, für Gesellschaftspolitik. – Ich möchte Sie aber doch daran erinnern, dass wir zum Beispiel mit der Initiative „Dritte Orte“ in die ländlichen Räume gehen und für eine deutliche Stärkung in der Breite sorgen – ein supererfolgreiches Programm.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir haben die Kultursekretariate gestärkt. Wir haben zuletzt die Musikschulen gestärkt – das zählt genau in dieses Bildungs- und Gesellschaftsthema ein – und natürlich die kulturelle Bildung. Sie können das jetzt in dem neuen Haushaltskapitel sehr gut sehen. JeKits wird verstärkt werden. Damit ist die Idee verbunden, wieder in die Vierjährigkeit zu kommen – die ist ja leider zurückgenommen worden. Das ist ein Fehler, weil wir kontinuierliche kulturelle und musische Bildung für Kinder gewährleisten wollen.

Das hat also schon eine Breite im Profil, die über das, was man Hochkultur oder ästhetische Orientierung nennen kann, hinausgeht.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Aber man kann natürlich über das, was wir planmäßig abarbeiten, gar nicht mehr reden, ohne – das haben meine Vorredner auch alle getan – die aktuelle Situation ins Auge zu fassen. Die 185 Millionen Euro für das erfolgreiche Stipendienprogramm, das auch vom Ausmaß her eine Punktlandung war, sind gedacht für 15.000. Ich glaube, wir sind jetzt ganz knapp drunter. Das war also wirklich eine Punktlandung. Auch haben wir die Institutionen über den Stärkungsfonds gestärkt.

Dazu muss man sagen: Wir haben als Land – das zu dieser leidigen Diskussion – für die Solo-Selbstständigen diese 2.000 Euro noch einmal möglich gemacht. Das hat vielen Künstlerinnen und Künstlern ein bisschen Luft unter die Flügel gegeben.

All das ist natürlich eine Voraussetzung dafür, dass das, was wir machen, auf dem langfristigen Weg überhaupt Sinn macht; denn – wie es heute heißt – wenn die Kultur still wird, dann macht auch all die Stärkung keinen Sinn. Was wir da insgesamt gemacht haben, ist quasi die Verdoppelung des schon gestiegenen Kulturretats. Wir sind da bei deutlich über 200 Millionen Euro, die zusätzlich in die Kultur investiert worden sind, um die Kollateralschäden, die wirklich mit den Händen zu greifen waren, einigermaßen abzufedern. Der Bund tut dankenswerterweise noch das Seinige dazu.

Aber, auch das muss an der Stelle gesagt werden – das ist uns Liberalen wirklich wichtig –: Es muss gelten, dass eigener Umsatz, dass eigener Verdienst den Vorrang vor Kompensation haben muss.

(Beifall von der FDP)

Wir müssen ganz ernsthaft, wenn wir ins neue Jahr gehen, über Öffnungsperspektiven, die verantwortlich und der jeweiligen Lage angemessen sind, wirklich reden.

(Beifall von der FDP)

Denn zum Beispiel die Schließung der Museen: Wir können uns dahinter stellen, dass dies im November auf einer symbolischen Ebene passiert ist. Das war ein Zeichen: Achtung, es gehen Dinge ab, die haben uns – der Ministerpräsident hat das heute gesagt – im Oktober tatsächlich in ihrer Vehemenz überrascht. Es war richtig, da ein solidarisches Zeichen zu setzen und da auch Kultur mit in die Pflicht zu nehmen und zu sagen: So, dieses Zeichen in die Gesellschaft setzen wir hier.

Aber wir müssen auch wieder in eine Phase kommen, wo wir jede einzelne Maßnahme daraufhin überprüfen, wie sinnvoll sie ist. Zum Beispiel ist es in den Museen, glaube ich, wirklich verantwortlich, wieder zu Öffnungen zu kommen. Die sehr weitläufigen Räume werden ja – das mag man einerseits bedauern – nun nicht von Besucherströmen überrannt werden. Das mag vielleicht auch ausbaubar sein hin zu publikumsintensiveren Veranstaltungen, also Theater, Tanz und Ähnlichem. Die Konzepte sind mit viel Aufwand und Engagement entwickelt worden.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das hat zu dem Unmut geführt, den wir alle deutlich gespürt haben: Wir tun alles, was sinnvoll ist, und trotzdem werden wir jetzt geschlossen.

In diese Diskussion müssen wir eintreten. Wir tun zweierlei: Wir sind kontinuierlich im Aufwuchs und kämpfen gegen die Folgen der Pandemie, damit wir

unser reiches Kulturland erhalten und in eine noch bessere Zukunft führen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die AfD hat Frau Abgeordnete Walger-Demolsky das Wort.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass wir vor 14 Tagen entsprechende Anträge gestellt hatten: Der Kultur-Lockdown war weder notwendig noch verhältnismäßig. Ganz im Gegenteil: Menschen hätten sich vielleicht besser gemeinsam ins Theater gesetzt als gemeinsam in einer Kellerbar gefeiert.

Deutschland 2020 ist nicht mehr das gleiche wie Deutschland 2019. Nordrhein-Westfalen 2020 ist nicht mehr das gleiche wie Nordrhein-Westfalen 2019. Die Kulturszene 2020 ist längst nicht mehr die gleiche wie die 2019. Was davon 2021 noch übrig sein wird, wird sich erst zeigen.

Tatsächlich hat das Ministerium für Kultur und Wissenschaft vieles dafür getan, die Strukturen und auch die Einzelnen durch die finanzielle Krise kommen zu lassen. Ich schließe mich daher dem Dank, den alle vor mir schon ausgesprochen haben, an: Herzlichen Dank an Frau Pfeiffer-Poensgen und ihr Team, das mit klugen Ideen zum Beispiel bei den Stipendien die Lücken geschlossen hat, die die Bundesregierung offen gelassen hat – Herr Keymis hat es ausführlich dargestellt.

Aber gerade dieser Rückblick lässt doch große Zweifel am Haushaltsplan aufkommen. Der Plan fast aller Ministerien tut so, als hätte es 2020 nicht gegeben und als würde 2021 ein ganz normales Jahr.

Nein, egal wie lange es dauert, bis eine mögliche Impfung das Leben wieder normalisiert: 2021 wird ein Jahr mit erheblich geringeren Steuereinnahmen bei weiterhin hohen Kosten durch die Pandemiebewältigung. Ist es da wirklich seriös, einen 2017 im Koalitionsvertrag vereinbarten Aufwuchs der Ausgaben im Bereich der Kultur unkorrigiert fortzuführen? Hätte dieser Aufwuchs nicht ehrlicherweise in die noch weiter absehbar notwendigen Hilfen in 2021 fließen sollen?

Wer glaubt denn heute noch ernsthaft daran, dass die Kultur im Januar die Chance auf einen Neustart hat? Weihnachten und Silvester mit zehn Personen plus Kinder unter 14 – und das alles in Nordrhein-Westfalen auf durchschnittlichen 75 m²? Wie werden da wohl die Infektionszahlen und die Inzidenzwerte, auf die Sie alle so gebannt starren, im Januar aussehen?

Ein Lichtblick in der aktuell brachliegenden Kulturszene sind die Büchereien. Auch wenn viele beson-

dere Angebote – zum Beispiel im Rahmen der „Dritten Orte“ – 2020 abgesagt werden mussten, hatten sie wenigstens geöffnet. Sie hätten sogar sonntags geöffnet haben dürfen, wenn es in den Städten keine Kämmerer gäbe, die mahnend ob der zusätzlichen Kosten ihre Hand zum Veto heben mussten.

Was wurde also aus dem hier einstimmig verabschiedeten Bibliotheken-Stärkungsgesetz? Essen? – Sonntags zu. Herne? – Sonntags zu. Bochum? – Sonntags zu. Hagen? – Sonntags zu. Ich will Sie nicht länger langweilen: Es sind ganz viele. Auch Düsseldorf hat sonntags zu. Das Gesetz ohne einen entsprechenden finanziellen Unterbau war nett, aber leider nicht mehr. Ich hatte im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass die Bibliotheken aus dem letzten Loch pfeifen. Daran hat sich gar nicht viel geändert.

Neben den Streichungen der allgemeinen Aufwüchse – abgesehen von der Erneuerung unserer Forderung, die Bibliotheken auch finanziell zu befähigen, am Sonntag zu öffnen – halten wir, wie auch schon in den vergangenen Jahren, die besondere Förderung von Projekten für Zuwanderer für überflüssig. Jeder bei uns Lebende ist herzlich willkommen, teilzuhaben und sich einzubringen; dafür muss es keine Extrawürste geben.

Last, but not least: Einem Programm mit der Intention „Tanz gegen links“ würde ich genauso wenig zustimmen wie dem mit 56.000 Euro geförderten „Tanz gegen rechts“. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung spricht die Ministerin Frau Pfeiffer-Poensgen.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das Thema „Bewältigung der Coronapandemie“ war auch jetzt wieder ein sehr starkes Thema. Es hat uns heute den ganzen Tag beschäftigt, und es beschäftigt, ehrlich gesagt, natürlich auch ein Ministerium, das für Kultur verantwortlich ist, von morgens bis abends.

Die Landesregierung hat, das wurde gesagt, mit dem Kulturstärkungsfonds und dem Stipendienprogramm wesentliche Maßnahmen ergriffen; finanziert mit den schon zitierten 185 Millionen Euro. Wenn man das zu unserem „normalen“ Etat ins Verhältnis setzt, sieht man, welche Anstrengungen unternommen wurden, um die Auswirkungen auf die Kultur abzumildern und – das habe ich immer gesagt – die Strukturen zu stärken und die Netzwerke zu erhalten, damit wir die kulturellen Aktivitäten, welcher Art auch immer, durch diese Zeit hindurchtragen.

Mir ist natürlich völlig bewusst, dass das nicht alles ist. Die künstlerischen Auftritte und das künstlerische

Schaffen, das vor Publikum stattfindet, können wir nicht ersetzen. Ich glaube, viele Künstlerinnen und Künstler belastet im Moment sehr, dass sie zwar die Chance haben, sich über Wasser zu halten – denn so üppig sind die Unterstützungen ja nicht ausgestattet –, dass sie aber ihre Kunst in vielen Bereichen nicht machen bzw. nicht zeigen können. Eigentlich ist das die wirklich bittere Seite an dieser ganzen Situation.

Hinsichtlich der Relevanz der Kultur, die hier auch angesprochen wurde, wäre ich nicht so pessimistisch. Ich möchte auf den von mir sehr geschätzten Präsidenten des nordrhein-westfälischen Kulturrats Gerhart Baum verweisen, der das völlig anders sieht; denn die Kultur hat aufgrund der politischen Diskussionen im Bund und im Land eigentlich eine Relevanz erhalten, die sie vorher nicht hatte. Das ist nur ein kleiner Trost; ich weiß das sehr wohl. Dennoch sollte man auch einmal deutlich sagen, dass die Kultur ganz anders wahrgenommen wurde, weil jedem die dramatische Situation natürlich immer deutlicher wurde.

Ich erlaube mir in diesem Kontext einen weiteren Hinweis. Der sehr lange Beschluss der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Kanzlerin enthält einen Absatz, der einen klaren Auftrag an die Kulturminister der Länder formuliert, die jetzt diese Eröffnungsszenarien entwickeln sollen. Daran genau arbeiten wir, und man muss wirklich sagen, dass unabhängig von der politischen Farbe eine sehr enge Zusammenarbeit stattfindet.

Gleichzeitig – das finde ich den Zeiten dieser Pandemie auch immer wichtig – müssen wir über das Morgen und über die Zeit danach reden. Wir können nicht sozusagen gar nicht mehr darüber nachdenken und nur noch auf die jetzige Situation reagieren. Deswegen ist es wichtig – das wird, glaube ich, auch von allen mitgetragen –, dass wir die Stärkungsinitiative Kultur, also das, was wir 2017 angekündigt haben, konsequent durchziehen und die Mittel entsprechend erhöhen.

Damit – das wurde schon gesagt – sind wir 2021 bei immerhin 290 Millionen Euro insgesamt angekommen, und wir werden dann die von uns avisierte Marke von 300 Millionen Euro im Haushalt 2022 überschreiten. Das hatten wir uns vorgenommen, und das werden wir auch tun. Insofern werden wir trotz aller Schwierigkeiten, die wir jetzt zu bewältigen haben, dieses Ziel und die Stärkung der Strukturen im ganzen Land weiter im Auge behalten.

In 2021 liegt ein besonderer Fokus sicher auf der bildenden Kunst. Ich möchte erwähnen, dass wir mit dem neuen Format der Forschungsvolontariate das tun wollen, was gerade in diesen Zeiten wichtig ist, nämlich die Erforschung der Sammlung in den Museen zu stärken. Es wird nicht nur vor dem Hintergrund der Klimaveränderungen und der Nach-

haltigkeit, sondern auch der faktischen Situation – ich befinde mich bereits mit vielen Museen in dieser Diskussion –, in der wir sind, in der Zukunft vielleicht ganz andere Ausstellungen in den Ausstellungshäusern geben, die weniger mit Reisen zu tun haben, sondern sehr stark aus den Beständen arbeiten. Das Programm des Forschungsvolontariats gibt es deshalb genau zur richtigen Zeit.

Darüber hinaus wollen wir die Kunstvereine als die wesentlichen Orte für die Gegenwartskunst stärken, in denen neue Positionen gezeigt werden. Wir haben davon wirklich viele im Land, denen wir eine kontinuierliche Unterstützung für Ausstellungsprojekte zukommen lassen wollen.

Außerdem haben wir uns vorgenommen – das wurde eben schon gesagt –, zum 100. Geburtstag von Joseph Beuys neun große Ausstellungen und ein ziemlich umfangreiches Rahmenprogramm mit ca. drei Millionen Euro zu finanzieren.

Was die gesellschaftspolitischen Themen anbelangt, so ist festzustellen, dass diese enorm wichtig sind. Wir sind dabei, uns im Haus neu aufzustellen – am Anfang war das mangels Personal nicht möglich –, und haben genau dafür ein Referat gegründet. Dieses erarbeitet jetzt ein eigenes Konzept zu Themen wie Inklusion oder Diversität. Das ist, ohne jede Frage, wahnsinnig wichtig.

Ich muss jetzt aber auch einmal sagen: Es ist nicht so, dass nichts passiert. Auf nordrhein-westfälischen Bühnen und in nordrhein-westfälischen Ausstellungen werden alle relevanten gesellschaftspolitischen Themen immer verhandelt. Das war so, bevor sie geschlossen wurden, und das geschieht auch wieder, wenn sie öffnen. Wenn das nicht stattfinden würde, hätte das Theater wenig Sinn. Es ist also nicht so, als würde sich die Kunst nicht dementsprechend orientieren.

Einen Schwerpunkt setzen wir auch bei den Förderungen der Dritten Orte; das wurde genannt. Diesbezüglich stocken wir noch einmal ordentlich auf, weil wir von der Nachfrage und der Begeisterung für dieses Programm überwältigt waren. Zusätzlich, flankierend wollen wir über die Mittel der Stärkungsinitiative noch ein kleineres Programm mit ca. einer halben Million Euro für bürgerschaftliches Engagement auflegen; denn wir wissen, dass gerade in der Fläche eine Unterstützung und Ermutigung von bürgerschaftlichem Engagement für die Kultur ein ganz wichtiges Thema ist.

Last, but not least und nur, um noch einige Beispiele zu nennen: Das Programm „JeKits“ stocken wir mit 1,62 Millionen Euro ordentlich auf, und zwar in der absoluten Überzeugung, dass es von der Grundstruktur her ein sehr gutes Programm ist, das wir stärken wollen. Vor allen Dingen wollen wir es aber wieder auf vier Jahre ausbauen, wie das am Anfang gedacht war, weil man ganz klar sagen muss, dass

nach der Kürzung auf zwei Jahre die Übergangsquoten in die Musikschulen zurückgegangen sind.

Wir müssen sozusagen mehr bieten, und deshalb werden wir das jetzt systematisch ausbauen. Es hat dann übrigens auch eine größere pädagogische Wirkung. Neben der Teilhabe, die uns bei diesem Programm immer sehr wichtig war, wollen wir den Fokus auch wieder sehr stark auf das künstlerische Lernen legen. Das ist ein großer Wunsch aller Experten im Land, mit denen wir uns natürlich ausführlich darüber unterhalten haben.

Die Coronapandemie hat gezeigt, wie wichtig die Stärkung der kulturellen Landschaft ist, damit sie erhalten bleibt. Natürlich werden wir uns auch für das nächste Jahr Gedanken machen – das ist völlig klar – und hoffentlich alle gemeinsam dafür kämpfen, dass irgendwann wieder alles geöffnet ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und Andreas Bialas [SPD])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Gibt es noch weitere Wortmeldungswünsche? – Ich sehe, dass das nicht der Fall ist. Damit schließe ich die Aussprache zum Bereich „a) Kultur“ und eröffne die Aussprache zum Bereich

b) Wissenschaft, Weiterbildung

Als Erster spricht für die SPD der Abgeordnete Herr Bell.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde im Teil b) mit dem Lobgesang nicht fortfahren können; das ist auch keine Überraschung. Diese Einigkeit, wie ich sie gerade erlebt habe, ist in diesem Hohen Haus ja auch relativ selten.

Ich fange vielleicht damit an, dass im Verhältnis zum Gesamthaushalt der Einzelplan für den Bereich Wissenschaft zum ersten Mal seit längerer Zeit unterproportional zu den Erhöhungen im Gesamthaushalt wächst. Das ist aus meiner Sicht deshalb bemerkenswert, weil natürlich die Anforderungen an die Hochschulen und Forschungsinstitute in Zeiten der Pandemie eher gestiegen sind.

Der Haushaltsplanentwurf enttäuscht, weil er unter anderem die Belange der größten Gruppe an den Hochschulen, nämlich der Studierenden, schlichtweg ausblendet. Ich will drei Beispiele nennen, die das aus meiner Sicht durchaus illustrieren.

Der erste Punkt betrifft die Studierendennothilfe, bei der wir es schlichtweg für dringend notwendig halten, diese auch im Landeshaushalt zu verankern. Wir wissen, dass die Bundesnothilfe, die gezahlt worden

ist, viele Studierende wegen der sehr engen Rahmenbedingungen nicht erreicht hat. Die Studierendenwerke haben in der Anfangsphase die Hälfte aller Anträge zurückweisen müssen, weil Not vorhanden war, die aber nicht durch die Pandemie entstanden ist, sondern weil die Studierenden zum jetzigen Zeitpunkt keine Chance haben, sich durch eigene Tätigkeit wirtschaftlich besser zu versorgen.

Wir wissen auch, dass bereits seit Oktober keine Nothilfe mehr gezahlt wird und viele Studierende insofern in Not sind. Hier wäre uns ein komplementäres Programm des Landes wichtig, zumindest eine VE, bei der die Möglichkeit besteht, Gelder auch für Studierende zur Verfügung zu stellen.

(Beifall von der SPD)

Der zweite Punkt betrifft den Bereich des studentischen Wohnens. Im vergangenen Jahr, also in 2019, haben wir mehrere große Anhörungen zum studentischen Wohnen durchgeführt, unter anderem zu unserem Antrag, analog dem Programm „Gute Schule“ ein Programm zur Behebung des Sanierungs- und Neubaustaus bei den Studierendenwerken aufzulegen. Die Studierendenwerke haben einen Bedarf adressiert, der erheblich ist.

Wir stellen fest, dass es zwar die Initiierung von runden Tischen und Gesprächen gibt, die Summe des Abflusses aus dem Programm Wohnraumförderung jedoch von 40 Millionen Euro im Jahr 2018 auf 26,28 Millionen Euro im Jahr 2019 gesunken ist. Die Mittel, die das MKW für die Sanierung von Studierendenwohnheimen zur Verfügung gestellt hat, sind von 14,4 Millionen Euro im Jahr 2018 auf 5,8 Millionen Euro im Jahr 2020 zurückgegangen.

Wer eine entsprechende Schwerpunktsetzung im Haushaltsplanentwurf 2021 sucht, sucht vergeblich. Selbst die VE für die Investitionszuschüsse für die Studierendenwerke wurden in diesem Haushalt noch einmal gesenkt. Diese Landesregierung ist bei der Frage der Verbesserung der Wohnsituation von Studierenden leider ein Totalausfall.

Wir haben die Situation, dass es zur Umsetzung des Koalitionsvertrages Enttäuschung gibt. Zum einen betrifft das die Studierendenwerke mit der Grundfinanzierung. Darüber haben wir hinlänglich diskutiert. Hier reicht die jetzige Aufstockung noch nicht einmal, um die Tarifsteigerungen für die Beschäftigten auszugleichen.

Das gilt ebenso für die Erwartungshaltung, die bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften in der Frage der Forschungsförderung geweckt worden ist. Hier ist es so – ich zitiere jetzt den entsprechenden Satz aus der Stellungnahme der Rektoren- und Kanzlerkonferenzen –, dass die Anstrengungen der Hochschulen in diesem Feld zu einer chronischen und strukturellen Unterfinanzierung geführt haben, obwohl die Koalitionsvereinbarung durch die explizite

Aufnahme des Themas Anlass zur Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation gegeben hat. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, dem nachzugehen.

Ich bleibe dabei, dass ein zentrales Zukunftsprojekt des Koalitionsvertrages mit diesem Haushaltsplanentwurf ebenfalls zu Grabe getragen wird. Das ist der Ausbau der Fernuniversität Hagen zu einer weltweit führenden forschungsintensiven Open University. Dieser wird nicht mehr realisiert werden können.

Ich halte das – ich bleibe auch bei dem Wording – für einen Skandal. Wir haben darüber diskutiert. Ich bin jetzt wirklich gespannt, was unser neuer Kollege Regierungspräsident a. D. Diegel hier noch bis zur finalen Lesung bewegen wird. Er hat sich ja im Ausschuss relativ weit aus dem Fenster gelehnt.

Ich würde die Regierungskoalition wirklich bitten, sich unsere Haushaltsanträge noch einmal anzuschauen, und zwar in zwei Bereichen. Der erste Punkt betrifft die Frage der Erhöhung der Zuschüsse für die landeseigenen Forschungsinstitute. Wir haben da eine Erhöhung um 3 % vorgeschlagen.

Ich will nur noch einmal an Sie appellieren, weil diese Forschungsinstitute anders als die von Bund und Land geförderten Forschungsinstitute Helmholtz, Fraunhofer usw. nicht über eine entsprechende Dynamisierung bei der Förderung verfügen. Auf Dauer führt die Nichtanpassung dazu, dass diese Forschungsinstitute im Wettbewerb mit den föderal geförderten Forschungsinstituten schlichtweg in Rückstand geraten. Das kann doch nicht der Sinn sein. Es sind sehr moderate Beträge, die bei den dreiprozentigen Erhöhungen aufgerufen werden. Ich bitte Sie, einfach noch einmal darauf zu schauen.

Der letzte Punkt, bei dem ich um Berücksichtigung bitte, betrifft die Frage der entsprechenden Hebelwirkung der Titelgruppe 61. Da geht es um eine Erhöhung von 400.000 auf 600.000 Euro jährlich, damit die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vermehrt Drittmittel einwerben können.

Wir haben eine Evaluierung der Johannes-Rau-Forschungsinstitute zu diesem Instrument. In den drei Jahren nach der Einführung wurden 2 Millionen Euro von den Instituten abgerufen. Damit wurden 40 Millionen Euro Drittmittel eingeworben. Das ist ein Hebel von 1 : 20. Das entspricht eins zu eins der Anforderung in Ihrem Koalitionsvertrag.

Ich würde mir das an Ihrer Stelle einfach noch einmal anschauen und würde mir wünschen, dass Sie an dieser Stelle noch einmal initiativ werden, denn es lohnt manchmal, Kleinigkeiten noch parlamentarisch zu verbessern, die einfach verbesserungswürdig sind. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU spricht der Abgeordnete Dr. Nacke.

Dr. Stefan Nacke* (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch in diesem Jahr setzt die NRW-Koalition ihren Kurs fort und schreibt weiter an der Aufsteigergeschichte unseres Bundeslandes. Bei uns stehen die Menschen im Mittelpunkt. Sie sind der Reichtum unseres Landes. Es geht um ihre Hoffnungen, ihre Potenziale und Entwicklungsperspektiven.

Deswegen schaffen wir Rahmenbedingungen, damit der Aufstieg durch Bildung gelingen kann. In diesem Zusammenhang freue ich mich sehr, dass eine kleine Sensation gelungen ist, nämlich den Haushaltsansatz für den zweiten Bildungsweg von 5 auf 10 Millionen Euro zu verdoppeln. Herzlichen Dank an Klaus Kaiser und das ganze Team der Weiterbildung im MKW!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unsere Volkshochschulen und anderen Einrichtungen leisten eine hervorragende Arbeit. Sie ermöglichen Menschen die Chance, auf dem zweiten Bildungsweg erfolgreich zu sein. Mit dieser deutlichen Mittelerhöhung erhalten doppelt so viele Bürger eine weitere Chance auf einen Schulabschluss, der Startpunkt für eine Ausbildung und den Einstieg in eine geregelte Berufskarriere sein kann.

Dass lebenslanges Lernen und Weiterbildung in unserer Politik eine hohe Priorität darstellen, zeigt aber nicht nur die Fortschreibung der Dynamisierung der Mittel für die nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannten Einrichtungen um weitere 2 auf nunmehr 6 Millionen Euro.

In diesem von der Pandemie so geprägten Jahr wird seitens der mehr als 450 Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung sehr anerkannt, dass das Land mit dem Notfonds Weiterbildung flexibel und bürokratiearm vorläufig bis zum Jahresende 35 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Diese Summe dient als Hilfe zur Abfederung finanzieller Ausfälle, aber auch als Motor für den Einsatz neuer digitaler Vermittlungsangebote.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Novellierung des Weiterbildungsgesetzes im kommenden Jahr, mit der wir gemeinsam weitere Verbesserungen für diesen wichtigen Bereich schaffen werden.

Auch die Digitalisierung bleibt ein zentrales Stichwort der Forschungspolitik unseres Landes. So wird im kommenden Haushalt der Forschungsschwerpunkt Künstliche Intelligenz mit weiteren 2,5 Millionen Euro und das CAIS in Bochum mit weiteren 2,1 Millionen Euro gefördert. Letzteres wird zu einem Institut für Digitalisierung ausgebaut.

Besonders freut uns, dass das Forschungszentrum Jülich bei seiner Bewerbung erfolgreich war und wir nun einen von zwei EU-weit ausgeschriebenen Exascale-Rechnern mit erheblichen Mitteln fördern können.

Zur Forschungsförderung gehört aber auch das wichtige Thema der Batterieforschung. Die außerordentlich gute Nachricht der letzten Woche ist, dass das Land zusätzlich zu den bereits vorgesehenen 100 Millionen Euro weitere 80 Millionen Euro drauflegt und damit sehr flexibel auf die geänderten Anforderungen seitens der Fraunhofer-Gesellschaft reagiert. Damit ist gewährleistet, dass eine ursprünglich erst als Erweiterung vorgesehene weitere Fertigungslinie sowie eine Muster- und Erprobungslinie der Münsteraner Batterieforschungsfabrik bereits von Beginn an ab 2022 realisiert werden kann. Das ist ein außerordentlich gutes Signal für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres exzellenten Forschungs- und Industriestandortes NRW, und das natürlich in den Zukunftsthemen Elektromobilität und Energiewirtschaft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich danke herzlich unserer Ministerin Pfeiffer-Poengen und Professor Pinkwart für das große Engagement in der Sache.

Bei der außeruniversitären Forschung verzeichnen wir darüber hinaus im kommenden Jahr einen immensen Mittelaufwuchs um 11 Millionen Euro auf dann 415 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, das Sommersemester 2020 wird als „Coronasemester“ in die Hochschulgeschichte eingehen. Das als Hybridsemester geplante Wintersemester steckt weiter voller Herausforderungen. Die Hochschulen haben flexibel und mit großem Einsatz reagiert und dabei sehr erfolgreich digitale Lernangebote geschaffen. Dennoch bleibt studentisches Leben und Arbeiten stark beeinträchtigt. Insbesondere Erstsemester, die sich am Studienort erst einmal einfinden und sozialen Anschluss finden müssen, sind betroffen.

Herzlich danke ich den Studierendenwerken für den Einsatz bei der Bewirtschaftung der vom Bund zur Verfügung gestellten Überbrückungshilfen. Ich freue mich, dass das Land unkompliziert Einnahmeausfälle bei geschlossenen Mensen kompensieren konnte.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die Landeszuschüsse für die Studierendenwerke steigern sich im kommenden Jahr um 9 % auf 40 Millionen. Im kommenden Haushalt werden erstmals Mittel für den Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ veranschlagt. Unter anderem werden auch die Qualitätsverbesserungsmittel um 51 Millionen Euro aufgestockt. Damit erreichen wir für die Hoch-

schulen insgesamt als neue Qualität langfristige Planungssicherheit.

Schwerpunkt der Hochschulförderung mit über 17 Millionen Euro im kommenden Jahr stehen im Kontext der Akademisierung der Gesundheitsberufe, der Einrichtung neuer Studiengänge für Psychotherapeuten und Hebammen. Gesundheitsberufe, Pflege, Mediziner sind in der aktuellen Pandemie besonders gefordert. Absehbar ist ein Ärztemangel insbesondere im Bereich der Allgemeinmedizin. Die weitsichtige Landespolitik der NRW-Koalition nimmt sich dieses Versorgungsproblems bereits in der Ausbildungsperspektive an und zieht als wissenschaftliche Schlussfolgerung einen konsequenten Aufbau der medizinischen Fakultät in Bielefeld. Dort werden demnächst 300 Stellen möglich werden.

Der Gesamtetat für die Hochschulmedizin beträgt nunmehr 1,46 Milliarden. Weiter profitieren die Universitätskliniken in diesem Jahr bereits von der Milliarde des Investitionsprogramms der Landesregierung zur Bewältigung der Folgen der Coronapandemie.

Meine Damen und Herren, der Einzelplan 06 beläuft sich auf 9,7 Milliarden Euro. Davon sind allein 8,4 Milliarden Euro eigene Landesmittel, von denen gut die Hälfte direkt in die Globalhaushalte der Hochschulen fließt. Damit ist dieser Einzelplan weiterhin der zweitgrößte Einzelplan. Er wächst um 1,5 %. Darüber hinaus gibt es noch Steigerungen bei den Stellen. Es geht also weiter unter dem Motto „Aufstieg durch Bildung und Forschung“. Herzlichen Dank dafür. Machen Sie bitte mit.

(Beifall von der CDU und Daniela Beihl [FDP])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Abgeordnete Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es gibt in diesem Haushalt durchaus Licht. Das habe ich schon bei den Ausschussberatungen anerkannt. Das will ich auch nicht verschweigen. Für den Aufbau des Instituts für Digitalisierungsforschung, für Cybersicherheit, für Quantencomputing, auch für Forschung und Forschungseinrichtungen werden die Mittel ordentlich erhöht. Das will ich gerne anerkennen und auch begrüßen. Das Stichwort „Hochleistungsrechner“ fiel eben auch schon. Das alles sind Projekte, die unsere ausdrückliche Unterstützung haben.

Die Opposition muss aber auch darauf schauen, wo die Schattenseiten in einem solchen Haushalt sind. Und davon gibt es einige. Die haben wir in den letzten Jahren immer wieder angesprochen.

Ein erstes Feld ist die Digitalisierung an den Hochschulen und den Universitätskliniken. Sie geht nicht

ausreichend voran. Es gibt durchaus Bereiche, in denen wir Schritte nach vorne machen. Ich will nicht leugnen, dass es die gibt. Diese Schritte reichen aber nicht aus. Es fehlt insgesamt an einer strukturellen Finanzierung. Das haben wir nicht zuletzt bei dem Angriff auf die Uniklinik Düsseldorf mit seinen dramatischen Folgen gesehen. Wir sehen aber auch an vielen Stellen im Kleinen immer wieder, dass wir da nicht so vorankommen, wie wir eigentlich vorankommen müssten.

Auch im Bereich der KI-Forschung wird in Zukunft eher weniger als mehr Geld zur Verfügung stehen.

Die Digitalisierung von Hochschulen und Universitätskliniken wird weiterhin unterfinanziert sein.

Die Titel zur Verbesserung der IT-Struktur und der Digitalisierung in Lehre und Forschung an den Hochschulen stagnieren. Zusätzliche Dauermittel, die wir für mehr IT-Personal und mehr Sicherheit in diesem Bereich bräuchten, sind nicht vorgesehen. Es fehlen massiv Investitionsmittel.

Ein zweiter Punkt, an dem massiv Investitionsmittel fehlen, sind die Bauprojekte. Herr Pinkwart hat uns vorhin bei der Debatte über den Einzelplan 14 daran erinnert, dass er sehr gern Wissenschaftsminister war. Das nehme ich ihm auch ab. An dieser Amtszeit gibt es genug zu kritisieren, aber eines nicht: Damals gab es nämlich ein Hochschulmodernisierungsprogramm. In der Amtszeit der folgenden Regierung gab es das Hochschulkonsolidierungsprogramm. Bei der schwarz-gelben Landesregierung gibt es gar kein Hochschulprogramm mehr, weil jetzt das Hochschulkonsolidierungsprogramm ausgelaufen ist und es keine Anschlussfinanzierung für den Hochschulbau gibt. Das ist bei einem Sanierungsstau von mehreren Milliarden Euro, den wir vor uns herschieben, ein riesengroßes Problem.

Das kann man auch für andere Bereiche feststellen. Das gilt auch für die Bauprojekte der Studierendenwerke. Man darf einfach nicht vergessen, dass öffentliche Bauprojekte immer einen erheblichen Klimaimpact haben, wenn man sie richtig ausführt oder wenn man sie überhaupt ausführt. Wie gesagt, der Sanierungsstau ist gigantisch.

Ein dritter Anknüpfungspunkt, über den wir miteinander reden sollten, ist die soziale Infrastruktur. Es gibt diesmal Geld für die Studierendenwerke. Die Zuschüsse liegen aber deutlich unter dem, was notwendig ist. Die Zeche zahlen am Ende nicht wir und nicht die Landesregierung, sondern die Zeche zahlen die Studierenden über höhere Sozialbeiträge. Auch wenn Sie sich jetzt Gott sei Dank von Ihrer Schnaps-idee der Studiengebühren verabschiedet haben, sieht man, dass mit den massiv steigenden Sozialbeiträgen schon die zweite Studiengebühr auf die Studierenden wartet.

Das gilt genauso für die Unterfinanzierung der BAFÖG-Beratung der Studierenden. Gerade in Zeiten von Corona und bei den viel zu niedrigen Nothilfen von der Bundeseite, die wir hier schon oft genug zum Thema gemacht haben, von der zu wenig kommt, und bei der die Chancen einer BAFÖG-Öffnung mehrfach vergeben wurden, sieht man, dass viele Studierende in soziale Not geraten sind und dass sie eine soziale Infrastruktur im Wissenschaftssystem auch brauchen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Nach wie vor fehlt studentischer Wohnraum. Bei den Studierendenwerken ist der Sanierungsstau auch groß. Wir brauchen dringend Geld für Sanierung und Neubau von Studierendenwohnheimen. Die Studierendenwerke haben uns inzwischen mehrmals vorgerechnet, dass wir da mit Vollkostenzuschüssen in einem hohen dreistelligen Millionenbereich liegen. Wir haben massiv Investitionsbedarf, wir haben massiv Bedarf, der sozialen Infrastruktur Geld zu geben. Auch an dieser Stelle zeigt sich wieder, dass Studierende bei dieser Landesregierung keine Lobby haben. Das ist aber leider keine Neuigkeit.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich anmerken, dass noch Mittel in der Forschungsförderung neu ausgerichtet werden sollen. Wie das passieren soll, ist mal wieder ein Ausdruck von schwarzgelber Planlosigkeit oder von Desinteresse – eines von beidem. Forschungsförderung dient dazu, Bereiche zu fördern, die das Land für besonders wichtig hält, weil sie Stärken oder Ausbauziele enthalten. Unter den förderfähigen Themen, die jetzt in der neuen Bekanntmachung stehen, ist nichts enthalten, was nicht gefördert werden kann. Alles kann, nichts muss. Das schürt am Ende eher Unsicherheit, als dass es irgendwen nach vorne bringt.

Ich erkenne wie gesagt durchaus an, dass es Punkte gibt, an denen es nach vorne geht. Ich weiß aber auch, dass an vielen Stellen die negative Bewertung leider überwiegt. Das ist schade. Da werden Zukunftschancen vergeben. Das ist für uns der Grund, den Haushalt abzulehnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Bolte-Richter. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Frau Beihl.

Daniela Beihl (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! NRW hat eine europaweit einmalige Hochschullandschaft, für die wir als NRW-Koalition gemeinsam mit unserer Landesregierung Verantwortung tragen. Von Anfang an sind wir dieser Verantwortung mit soliden Haushalten, mit abgestimmter Schwerpunktsetzung und mit Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen uneinge-

schränkt nachgekommen. So zahlt es sich beispielsweise in der aktuellen Krise aus, dass unsere Hochschulen seit der Novellierung unseres Hochschulgesetzes endlich wieder freie und autonome Partner auf Augenhöhe sind.

Lehrende, Studierende, Hochschulleitung und Mitarbeitende sind an unseren Hochschulen in diesem Jahr über sich hinausgewachsen, um den Hochschulbetrieb aufrechtzuerhalten. Dafür an dieser Stelle ein großer Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Besonders wichtig war in diesem Zusammenhang unsere Maßnahme, Sondermittel in Höhe von 20 Millionen Euro für den kurzfristigen Erwerb von Hard- und Software sowie Lizenzen zur Verfügung zu stellen. Auch im Haushalt 2021 sind für diese Maßnahmen noch einmal 50 Millionen Euro eingestellt. Das Haushaltsvolumen des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft steigt 2021 in Gänze noch einmal um weitere 1,5 % auf insgesamt 9,66 Milliarden Euro.

Unser Einzelplan 06 ist nach wie vor der zweigrößte Einzelplan aller Fachressorts. Ein wichtiger Fokus liegt auf der Stärkung der Universitätsmedizin. Ich freue mich besonders über die Fortschritte, die der Aufbau der medizinischen Fakultät in Bielefeld macht. Die Landesregierung hat die Mittel von 24 Millionen Euro im Jahr 2020 auf 45,6 Millionen Euro im Jahr 2021 erhöht. Damit werden unter anderem mehr als 300 neue Stellen geschaffen. Wir setzen also ein zentrales Anliegen dieser NRW-Koalition fort.

(Beifall von der FDP und Petra Vogt [CDU])

Mit dem Jahr 2021 beginnt auch eine neue Phase der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Bereich der Finanzierung der Hochschulen. Nachfolger der Hochschulpakete I bis III ist der Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“. Er wird unseren Hochschulen durch die Verstetigung der Mittel langfristige Planungssicherheit geben; denn die Mittel aus dem ZSL sollen auch für die Verbesserung von Lehr- und Studienqualität eingesetzt werden.

Im Jahr 2021 stehen so die ersten 51 Millionen Euro mehr unter anderem zur Verbesserung der Betreuungsrelation zur Verfügung.

Darüber hinaus liegen Schwerpunkte in der Forschungsförderung der Digitalisierung, und wir werden den zweiten Bildungsweg mit einer Verdoppelung des Haushaltsansatzes auf 10 Millionen Euro stärken.

Abschließend möchte ich auch noch auf die Änderungsanträge der Opposition eingehen. In der aktuell finanziell sehr schwierigen Lage hätte man vermuten können, dass die Opposition von ihrer klassischen Haltung, alles zu fordern, ohne die finanzielle Verantwortung tragen zu müssen, Abstand nimmt.

(Beifall von der FDP und Petra Vogt [CDU])

Aber weit gefehlt. Die Änderungsanträge von SPD und Grünen würden zu Mehrkosten von knapp 1 Milliarde Euro in 2021

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Investitionen!)

und mittelfristig von knapp 1,8 Milliarden Euro führen.

Während die SPD eher maßvoll mit ihren Vorschlägen agiert, herrscht bei den Grünen eher Maßlosigkeit.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Presseberichte munkeln ja auch schon, Robert Habeck würde nach der Bundestagswahl mit dem Amt des Finanzministers liebäugeln.

(Ralf Witzel [FDP]: Und Innenminister! – Henning Höne [FDP]: Und Außenminister und Kanzler! Er sieht gut aus, er kann alles!)

Da kann man vor dem Hintergrund eines verantwortungsvollen Umgangs mit Steuergeldern ja nur froh sein, dass die Grünen in NRW keine Verantwortung in der Finanzpolitik tragen.

(Beifall von der FDP)

Ja, coronabedingt mögen neue Schulden vorübergehend akzeptabel sein, das bedeutet aber nicht, dass in der Vergangenheit die von Ihnen liegengelassene Projekte ohne Gegenfinanzierung und auf Pump durchgeführt werden sollten.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Ein besonderer Fokus der grünen Änderungsanträge liegt auf weiteren Mitteln für die Studierendenwerke. Verbunden ist der Antrag mit dem Vorwurf, wir würden diese völlig im Stich lassen und ihre Arbeit nicht würdigen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das MKW hat sich zu Beginn der Krise sofort darum bemüht, dass die Studierendenwerke unter den Rettungsschirm kommen. Mittel in Höhe von 21,2 Millionen Euro wurden eingestellt. Weil es in der Zwischenzeit zu pragmatischen Lösungen wie das Kurzarbeitergeld gekommen ist, mussten die Studierendenwerke lediglich 5,6 Millionen Euro abrufen.

Auch Ihre Kritik zur FernUniversität Hagen ist nicht von Fakten gedeckt. Die NRW-Koalition hat sich vorgenommen, diese Uni zu stärken und damit mehr Menschen den sozialen Aufstieg durch akademische Bildung zu ermöglichen.

(Beifall von der FDP, Dr. Stefan Nacke [CDU] und Petra Vogt [CDU])

Dem hat die Koalition Taten folgen lassen. Die Hochschule hat zwischen 2018 und 2020 10,1 Millionen Euro aus Hochschulpaktmitteln bekommen und erhält ab 2021 dauerhaft rund 6 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich aus dem ZSL. Ab 2022 folgen zudem weitere Haushaltsmittel. Sie sehen also, wir haben die

Voraussetzungen zum Ausbau der FernUni geschaffen.

Ich komme zum Ende. Herr Bell, Sie hatten die Nothilfen des Bundes für die Studierenden angesprochen. Sie wissen auch, dass diese Mittel nicht komplett abgerufen wurden. Wenn es da einen Engpass gibt, kann man da sicherlich an der Stelle noch einmal nachsteuern, aber solange die Mittel nicht komplett abgerufen worden sind, sollte man eher darauf verzichten.

Abschließend gilt mein Dank Ministerin Pfeiffer-Poensgen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium für Kultur und Wissenschaft. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Beihl. – Jetzt hat das Wort für die AfD-Fraktion Herr Seifen.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Zustand von Wissenschaft, Bildung und Kultur in einer Gesellschaft ist der Gradmesser für die Reife einer Gesellschaft, ist der Indikator dafür, ob sich ein Gemeinwesen von objektiv verorteten Erkenntnissen leiten lässt und auch bereit ist, Gewissheiten zu hinterfragen, oder ob es Fantasien, Wunschvorstellungen und abergläubischen Konstruktionen verfallen ist und ihnen folgt. Dieses Entweder-Oder ist von entscheidender Bedeutung für den Wohlstand, den sozialen Frieden, den Fortbestand und die Weiterentwicklung einer Hochzivilisation; denn nur die Entscheidungen aufgrund objektiv verorteter Erkenntnisse und die notwendige Distanz zu den eigenen Vorstellungen bewahren die Menschen vor Fehlentscheidungen und Ignoranz gegenüber der Wirklichkeit.

Im anderen Fall, wenn man die Wirklichkeit den eigenen Vorstellungen und Ideologien anpassen will, führt das in der Regel zu Niedergang und manchmal zum Untergang eines Gemeinwesens.

In der heutigen Zeit, die wir als modern und fortschrittlich definieren und bezeichnen, scheinen wir vom Letzteren weit entfernt zu sein. Schaut man sich die technischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte an, so könnte einem schwindelig werden vor den Möglichkeiten, die sich uns als Gesellschaft und jedem einzelnen Menschen erschlossen haben.

Deshalb ist es sehr zu begrüßen, dass der Haushalt für Wissenschaft und Kultur 2021 wieder das zweitgrößte Volumen umfasst. Insofern scheint alles in Ordnung zu sein, und NRW wird von der jetzigen Landesregierung herrlichen Zeiten entgegengeführt.

(Beifall von Matthias Kerkhoff [CDU])

Tatsächlich können wir auf zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, auf zahlreiche fleißige und ehrgeizige Studentinnen und Studenten stolz sein.

Bedauerlich ist allerdings, dass sich der Einzelplan 06 immer noch an rot-grüne Ideologie orientiert und damit den Begriff „Wissenschaft“ zum Teil ad absurdum führt. Da werden für das Kapitel „Förderung der Gleichstellung“ 4,3 Millionen Euro veranschlagt, mit der auch die Genderforschung finanziert wird. Wie sehr die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Staat, Gesellschaft, Studium und Beruf zu begrüßen und eine Selbstverständlichkeit sein sollte, so wenig ist eine so immense Summe für die Genderforschung zu rechtfertigen, denn Genderforschung ist keine Wissenschaft. Die methodischen Postulate führender Vertreter der deutschen Genderstudies weisen deutlich darauf hin. Da soll zum Beispiel eine bewusste Parteilichkeit an die Stelle des Prinzips der Wertfreiheit treten; die Bedürfnisse und Interessen der Frauen sollten Forschungsziele und Forschungsgegenstände bestimmen. Das heißt, die Forschungsziele werden vorweggenommen. Das beinhaltet die Forderung, die Ideale der Wissenschaft wie Neutralität, Unparteilichkeit, Ergebnisoffenheit und Objektivität abzulehnen.

Desgleichen ist zu bedauern, dass Forschungen im Energiebereich aus ideologischen Gründen ausgespart werden. Das Forschungszentrum Jülich zum Beispiel, früher einmal weltweit führend im Forschungsbereich Kerntechnologie, hat sich aus diesem Bereich komplett zurückgezogen. Angesichts der Wichtigkeit einer eigenen sicheren Energieversorgung für ein Hochtechnologieland ist es sträflicher Leichtsinn und ein hohes Maß an Verantwortungslosigkeit, in diesem Bereich keine Forschungsförderung zu leisten.

Leider folgt hier der Haushalt den auf Fehldeutungen von Zahlen beruhenden Ideologien der sogenannten Klimaretter, anstatt sich kritisch der Wirklichkeit zu stellen. Wenn diese Fehldeutungen an Universitäten hinterfragt werden sollen, werden unliebsame Wissenschaftler zu Veranstaltungen nicht eingeladen, auf Veranstaltungen niedergebrüllt oder durch die Antifa auch schon mal körperlich gerempelt.

Das Problem der Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist in unseren doch so modernen Zeiten wieder ein ernstzunehmendes Thema wie seinerzeit im Mittelalter, als eine allmächtige Kirche über die Opportunität von Lehrmeinungen wachte.

Zu beobachten ist dies im Übrigen auch daran, wie im Augenblick der Umgang mit Erkenntnissen zum Coronavirus und seinem Infektionsverhalten gestaltet wird. Opportune Meinungen von Wissenschaftlern werden öffentlich gepuscht und auf deren durchaus zweifelhaften Schlussfolgerungen werden massive Grundrechtseinschränkungen vollzogen.

Dagegen werden zahlreiche renommierte und hochdekorierte Wissenschaftler mit ihrer gegenteiligen Expertise verschwiegen, ja sogar verunglimpft und mit Schimpf und Schande überzogen. Sie machen die gleichen Erfahrungen wie seinerzeit der Prediger aus dem Alten Testament, der da klagte – ich zitiere

(Bodo Löttgen [CDU]: Nein, bitte nicht!)

mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Ich richtete mein Herz darauf, dass ich lernte Weisheit und erkannte Tollheit und Torheit. Ich ward aber gewahr, dass auch dies ein Haschen nach Wind ist, denn wo viel Weisheit ist, da ist viel Grämen, und wer viel lernt, der muss viel leiden.“

Zitat Ende.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Diese alttestamentarischen Zustände einer unreifen, infantilen Gesellschaft sind in unserem Wissenschaftsland eben leider immer noch nicht beseitigt und bedrohen die Zukunft unseres Landes. Wir lehnen deshalb den Einzelplan 06 ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Lorenz Deutsch [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Seifen. – Jetzt hat das Wort die Ministerin, Frau Pfeiffer-Poensgen.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Bildung, Wissenschaft und Forschung sind auch 2021 zentrale Investitionsfelder der Landesregierung. Das spiegelt sich im höchsten Niveau des Etats des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft in Höhe von 9,6 Milliarden Euro wider. Mit 5,6 Milliarden Euro erhalten die Hochschulen den größten Teil des Etats und verwenden ihn mit Erfolg weitestgehend eigenverantwortlich.

Die Landesregierung legt im kommenden Jahr einen Schwerpunkt auf die Förderung der Qualität der Lehre. Dazu unterstützen wir die Hochschulen mit 51 Millionen Euro aus dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“. Bedarfsgerecht und sich in das bestehende Ausbildungsangebot einfügend ist auch die Einrichtung der neuen Studiengänge für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten. Hierbei streben wir in Nordrhein-Westfalen ein deutlich höheres Niveau an Approbationen an, als der Bundesgesetzgeber uns das sozusagen aufgegeben hat. Zudem setzen wir mit Mitteln für 300 Studienplätze ab dem Wintersemester 2021/2022 auch die Akademisierung der Hebammenausbildung bedarfsgerecht um. Für die Einrichtung dieser neuen Studiengänge stellen wir Mittel in Höhe von rund 17 Millionen Euro bereit.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Weiterentwicklung der FernUniversität Hagen zu einer Open University. Zunächst wird im kommenden Haushaltsjahr, also 2021, die Zusatzvereinbarung zum Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ greifen. Für die FernUni bedeutet dies einen Zuwachs von etwa 6 Millionen Euro jährlich. Mit von 1 Million Euro auf 3 Millionen Euro aufwachsenden Beträgen von 2022 bis 2024 wird das Land die Realisierung der geplanten Maßnahmen zusätzlich unterstützen.

Dringend notwendig ist – und das nicht nur in dieser besonderen Zeit, in der wir gerade leben – die deutliche Stärkung der Universitätsmedizin. Für Infrastruktur und Ausstattung konnte bereits aus dem Sonderinvestitionsprogramm 1 Milliarde Euro bereitgestellt werden.

An dieser Stelle möchte ich für interessierte Kreise kurz darauf hinweisen, dass aus diesem großen Paket 60 Millionen Euro für IT-Sicherheit für die sechs Universitätskliniken zur Verfügung gestellt werden, das heißt, pro Universitätsklinikum 10 Millionen Euro. Zusätzlich werden wir den Etat für die Digitalisierung und Sicherheit im nächsten Jahr regulär noch um 3 Millionen Euro erhöhen. Auch wenn ich mir vorkomme wie eine tibetanische Gebetsmühle, Herr Bolte-Richter, ich erkläre es immer wieder gern: Wir haben zum ersten Mal 2018 überhaupt einen Haushaltsansatz für die Universitätskliniken eingerichtet, der diesen Bereich abdeckt. Wir erhöhen ihn jetzt. Wir haben ihn durch die Sonderzahlungen nochmals besonders gestärkt. Das müssen Sie, auch wenn es schwerfällt, einfach mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der FDP)

Weitere erforderliche Investitionen werden ermöglicht; denn wir haben im regulären Haushalt noch weitere 43 Millionen Euro für Investitionen in die Kliniken eingeplant.

Außerdem schreitet der Aufbau der Medizinischen Fakultät OWL planmäßig in großen Schritten voran. Die Landesregierung erhöht den Haushaltsansatz im nächsten Jahr auf rund 45 Millionen Euro und schafft damit unter anderem mehr als 300 neue Stellen für den Studienstart im Wintersemester 2021/2022.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Erfolgreich konnten wir uns übrigens beim Bund und bei den beiden anderen Sitzländern von Höchstleistungsrechnern, Bayern und Baden-Württemberg, die da sonst auch immer an der Spitze der Entwicklung sind, dafür einsetzen, dass sich Deutschland mit dem Forschungszentrum Jülich um einen der beiden ersten europäischen Exascale-Rechner bewerben wird. Natürlich unterstützt die Landesregierung diese Bewerbung des Forschungszentrums weiterhin mit großer Kraft. Dem tragen wir mit anteiligen Aufstockungen der Grundfinanzierung in Höhe von 4 Millionen Euro sowie mit einer Verpflichtungsermächtigung für

den Bau und den Betrieb dieses neuen Rechnersystems in Höhe von 125 Millionen Euro Rechnung.

Große Früchte tragen auch unsere Investitionen am Cancer Research Center Cologne Essen. Der Bund hat dieses CCCE, wie es abgekürzt heißt, als einen von vier neuen Standorten für die Ausweitung des Nationalen Centrums für Tumorerkrankungen ausgewählt. In einem ersten Schritt fördern wir den Aufbau des NCT im nächsten Jahr mit 4 Millionen Euro. Hinzu kommen jährlich 2 Millionen Euro Sitzlandanteil. Im Rahmen einer Verpflichtungsermächtigung gibt es in diesem Kontext übrigens auch noch einen Forschungsbau für das Uniklinikum Essen, den wir mit 86 Millionen Euro finanzieren werden.

Mit der Universitätsallianz Ruhr haben wir in der Ruhr-Konferenz die Einrichtung neuer Research-Center entwickelt. Diese bündeln in bereits herausragenden Forschungsfeldern die Kompetenz der drei Universitäten und sollen zu international wettbewerbsfähigen Clustern aufgebaut werden. Dafür stellen wir bis 2024 bis zu 75 Millionen Euro zur Verfügung und streben ab 2025 dann den Vollausbau dieser Research-Center an. Das ist eine riesige Chance für die Ruhrgebietsuniversitäten und wird ihnen eine ganz neue Qualität verleihen können. Das ist ein großes Bekenntnis auch dieser Landesregierung zu den damit verfolgten Zielen der Ruhr-Konferenz, was mir als Projekt ganz besonders am Herzen liegt.

Vielleicht noch ein Wort zu KI-Forschung, von der Sie, lieber Herr Bolte-Richter, den Eindruck haben, dass sie runtergefahren wird. Ich weiß nicht, wo Sie das gelesen haben. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe dem Ausschuss gerade eine Vereinbarung und Verabredung mit dem Bund vorgelegt und zur Kenntnis gegeben, durch die wir die dauerhafte Finanzierung genau dieses großen Zentrums für maschinelles Lernen in Dortmund und in Sankt Augustin im Fraunhofer Institut langfristig sichern, und zwar zu jeweils 50 % von Land und Bund. Das ist eigentlich ein ganz schöner Erfolg und ein wichtiger Baustein für die KI-Entwicklung nicht nur in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Ein Wort noch zur Weiterbildung und zur politischen Bildung. Dazu ist ja bereits Wichtiges gesagt worden. Die Landeszentrale soll für ihre wichtige Aufgabe, die demokratische Kultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land zu fördern, rund 15 Millionen Euro bekommen, und das ist wahrhaftig – da braucht man nur jeden Tag in die Zeitung zu gucken – ein sehr, sehr wichtiges Feld.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Im Bereich der allgemeinen Weiterbildung – das hat Herr Dr. Nacke gerade schon gesagt – wollen wir uns in den Volkshochschulen für den zweiten Bildungsweg stark machen, der ein mehr als sinnvolles

Angebot ist. Deswegen werden wir diesen Haushaltsansatz auf 10 Millionen Euro verdoppeln.

Das sind nur einige kleine Spotlights auf Vorhaben, die wir im Haushaltsentwurf des nächsten Jahres verankert haben. Ich denke, dass der Wissenschafts- und Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen nicht nur gute Rahmenbedingungen bietet, sondern sich zunehmend auch im bundesweiten Wettbewerb profiliert. Das können wir an vielen Punkten ablesen. Deswegen hoffe ich, dass Sie diesen Haushalt auch unterstützen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke sehr, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Weitere Wortmeldungen liegen hier nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache zu Teil „b), Wissenschaft, Weiterbildung“.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 06.

Wer nimmt diesen so an? – CDU und FDP stimmen für diesen Einzelplan. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und die AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Davon sehen wir keine. Damit ist der **Einzelplan 06 in zweiter Lesung angenommen**.

Nachzuholen ist nunmehr die Abstimmung über den Einzelplan 20, zu dem wir bereits gestern die Aussprache durchgeführt haben, sowie über die dazugehörigen Änderungsanträge der Fraktion der SPD Drucksache 17/11940 und Drucksache 17/11941.

Wir kommen somit zur Abstimmung erstens über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11940. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Die gibt es nicht. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/11940** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der AfD **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11941. Wer stimmt dem Antrag zu? – SPD und AfD stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – Grüne, CDU und FDP stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Die gibt es nicht. Dann ist der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 17/11941** mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen von SPD und AfD **abgelehnt**.

Ich rufe drittens die Abstimmung über den Einzelplan 20 auf. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/11920, den Einzelplan 20 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem Einzelplan zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehen wir nicht.

Damit ist der **Einzelplan 20 in zweiter Lesung** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Damit sind alle Einzelpläne beraten, und wir kommen nun zu den weiteren Abstimmungen. Jetzt wird der Abend richtig schön.

(Bodo Löttgen [CDU]: Genau!)

– Ich sehe die Freude in den Augen.

Wir stimmen über das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) Drucksache 17/11100, Drucksache 17/11800 – Ergänzung – sowie Drucksache 17/11850 – zweite Ergänzung – ab.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/11900, die Änderungsanträge der Fraktion der SPD Drucksache 17/11942 und Drucksache 17/11943 und den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11957 hin. Die Aussprache hierüber haben wir bereits gestern im Rahmen der Generaldebatte durchgeführt.

Wir kommen also zu den Abstimmungen.

Erstens über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11942. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung von Grünen und AfD-Fraktion ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/11942** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11943 ab. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die SPD-Fraktion sowie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP stimmen dagegen, auch die AfD tut dies. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehen wir nicht. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/11943** mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD **abgelehnt**.

Ich rufe drittens den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11957 auf. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, Grüne und FDP stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/11957** mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Wir stimmen viertens über den Gesetzentwurf in der zweiten von drei Lesungen ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/11900, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/11100, Drucksache 17/11800 und Drucksache 17/11850 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst, nicht über die Beschlussempfehlung. Wer